



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 821 Postulat Piani Carlo und Mit. über eine Vernehmlassung zur Organisationsentwicklung 2030 der Luzerner Polizei / Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Das Postulat P 821 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 92 zu 20 Stimmen zu.

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.  
Philipp Bucher beantragt Ablehnung.

Carlo Piani: Ich bedanke mich für die Stellungnahme und den Entscheid der Regierung, die Erheblicherklärung zu beantragen. In der Stellungnahme der Regierung liest man, dass sie sich für eine Strategie der Einzelgespräche entschieden hat. Sie zeigt auf, dass bereits informiert wird und wie weitere Anspruchsgruppen informiert werden sollen. Es wird auch aufgezeigt, dass bilateral mit betroffenen Gemeinden das Gespräch gesucht wird, und anschliessend oder zeitgleich wird mit dem Verband der Luzerner Polizei und mit den Mitarbeitenden das Gespräch gesucht. Das alles ist gut und recht, aber das ist für einen Planungsbericht nicht der übliche Weg. Es erstaunt die Mitte schon, dass bei einem so wichtigen Thema eine Vernehmlassung einfach übersprungen wird, obwohl sie eine gesetzliche Vorgabe ist. Der Regierungsrat befürchtet durch die Vernehmlassung eine Verzögerung des Prozesses. Das ist möglich. Aber um den Planungsbericht nicht zu gefährden, erscheint es uns besser, eine Zusatzkurve zu fahren. Der Mitte-Fraktion geht es darum, dass der Planungsbericht am Schluss als Ganzes unterstützt wird. Lassen Sie es mich direkt sagen: Wäre der Prozess von Anfang an richtig und auch frühzeitig initiiert worden, müssten wir jetzt nicht darüber diskutieren. Alle Betroffenen wären angesprochen worden, und der Regierungsrat hätte einen austarierten Planungsbericht präsentieren können, der eine breite Zustimmung und Akzeptanz gehabt hätte. Aktuell befürchtet die Mitte, dass wichtige und zum Teil richtige Ideen möglicherweise scheitern könnten. Die Mitte unterstützt eine dezentrale Versorgung, aber diese muss optimiert sein. Mit einer Vernehmlassung können alle involvierten Anspruchsgruppen, also auch die Politik, ihren Beitrag zur Lösung beisteuern. Was die Regierung am Schluss in den Planungsbericht aufnimmt, liegt in ihrer sachlichen und politischen Kompetenz. Lassen Sie mich auch noch etwas feststellen: Unser Parlament kann die wichtigen Themen, die in den AFP 2023–2026 einfließen müssen, aufnehmen und im Rahmen der Budgetdiskussion im Herbst besprechen und berücksichtigen. Die Mitte ist der Meinung, dass die politischen Prozesse eingehalten und die Meinungen der Anspruchsgruppen zum Planungsbericht, insbesondere zum Stationierungskonzept, eingeholt werden müssen. Aus diesen Gründen halte ich an meinem Postulat fest und danke Ihnen, wenn Sie dieses erheblich erklären.

Philipp Bucher: Auslöser für das Postulat von Carlo Piani ist zweifellos oder zumindest zu einem wesentlichen Teil das Thema Stationierungskonzept der Luzerner Polizei. Im Rahmen

der Organisationsentwicklung 2030 (OE 2030) wird dieses überprüft. Es ist aus unserer Sicht ärgerlich, dass aufgrund einer Indiskretion dieses Thema den Medien zugespielt wurde. Die mediale Berichterstattung über die OE 2030 wurde praktisch auf dieses eine Thema reduziert. Haben Sie nochmals die Antworten der Regierung auf die an der Januar-Session dringlich eingereichten Anfragen A 765 und A 766 gelesen? Auf vier respektive sechs Seiten hat die Regierung damals ergänzende Informationen zu den gestellten Fragen dargelegt und auch weitere Inhalte der OE 2030. Diese sind umfangreich. Anlässlich der letzten Sitzung der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) informierten der Kommandant, Adi Achermann, und der Chef der Sicherheits- und Verkehrspolizei, Pius Ludin, umfassend über die OE 2030. Wir hatten Gelegenheit, Fragen zu stellen. Diese wurden ausführlich beantwortet. Zudem ist festzuhalten, dass in der Zwischenzeit den Gemeinden und den Regionalen Entwicklungsträgern anlässlich von Informationsveranstaltungen die OE 2030 vorgestellt wurde. Somit konnten diese Anspruchsgruppen ihre Stellungnahmen abgeben. Davon wurde Gebrauch gemacht, wie Kopien der Schreiben von Gemeinden an Mitglieder des Kantonsrates zeigen. Weiter ist geplant, dass das Polizeikommando direkt mit den betroffenen Gemeinden bilateral diskutiert. Unseres Erachtens wird eine Vernehmlassung vonseiten der Gemeinden wohl keine anderen Ergebnisse zeigen. Auf dieser Seite sind die Meinungen gemacht. Daher sind wir mit der Regierung einig und sehen keinen Zusatznutzen einer Vernehmlassung zum jetzigen Zeitpunkt. Im Gegenteil, eine Vernehmlassung nimmt gemäss § 4 Absatz 2 der Verordnung über das Vernehmlassungsverfahren bis zu drei Monate Zeit in Anspruch. Die Vernehmlassung muss dann noch ausgewertet werden und deren Ergebnis in den Planungsbericht einfließen. Somit resultiert nichts anderes als eine Verzögerung um mehrere Monate. Mehr noch, es besteht tatsächlich die Gefahr, dass die von unserer Seite wiederholt und mit Nachdruck verlangten personellen Aufstockungen des Korps um ein weiteres Jahr verzögert werden. Das Argument, dies losgelöst von der OE 2030 und im Rahmen des AFP 2023–2026 zu beraten, ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Wir werden den Verdacht nicht los, dass man bereits vor den sachlichen und politischen Diskussionen einen Teil des Planungsberichtes beerdigen will. Leider sagt die Regierung nichts darüber, welche Auswirkungen eine tatsächliche Vernehmlassung hätte. Würde dann der Planungsbericht noch in diesem Jahr behandelt oder erst später? Aus diesem Grund opponiert die FDP der Regierung und lehnt dieses Postulat ab. Die Vernehmlassung generiert keinen Mehrwert. Es ist wesentlich zielführender, den Planungsbericht zuerst in der JSK und anschliessend hier im Rat zu beraten. Mit Bemerkungen zum Planungsbericht kann inhaltlich Einfluss genommen werden. Das ist im vorliegenden Fall der richtige Prozess. Die FDP hat Vertrauen in die Arbeit des Justiz- und Sicherheitsdepartementes und der Regierung. Darum unterstützen wir mit der Ablehnung des Postulats das Vorgehen der Polizei.

Melanie Setz Isenegger: Dass die Kommunikation über die OE 2030 nicht optimal verlaufen ist, haben wir an der letzten Session bereits ausführlich diskutiert. Das Postulat von Carlo Piani kommt deshalb spät, aber aus unserer Sicht gerade noch rechtzeitig. Der Regierungsrat hat zwar vorgehabt, zusammen mit der Polizei und den Gemeinden Informationsveranstaltungen durchzuführen und die Gemeinden einzubeziehen, aber insbesondere das Stationierungskonzept hat doch einige vor den Kopf gestossen. Um die beteiligten Akteure ernst zu nehmen, macht es aus unserer Sicht Sinn, ihre Befürchtungen mit einer Vernehmlassung abzuholen. Das entspricht auch der allgemeinen Tragweite des Themas, wie es in der Verordnung über das Vernehmlassungsverfahren steht. Selbstverständlich wird der Prozess dadurch um einige Wochen verzögert. Das wird sich aber dank der besseren Partizipation aus Sicht der SP auszahlen. Die Verzögerung soll aber keinen Einfluss haben auf die nötigen, im Zusammenhang mit der OE 2030 geplanten Aufstockungen bei der Luzerner Polizei. Wir nehmen deshalb die Mitte beim Wort, bei der Budgetberatung dann aber unabhängig von einem Planungsbericht die nötigen Ressourcen zu unterstützen. Die Forderung nach personellen Aufstockungen kommt zwar selten vonseiten der FDP, aber sie kann uns im Herbst auch gerne unterstützen. Wir hoffen sehr, dass die Vernehmlassung dabei hilft, den geplanten Reorganisationsprozess umzusetzen,

damit er schlussendlich wie versprochen der Bevölkerung und den Mitarbeitenden zugutekommt.

Laura Spring: Im Januar stand ich der OE 2030 noch kritisch gegenüber, und ich verstehe nach wie vor die Verunsicherung, die bei den Polizistinnen und Polizisten und den Gemeinden entstanden ist. Es stehen grössere Veränderungen an. Die Regierung würdigt dies auch in der Stellungnahme zum Postulat von Carlo Piani. Es ist offensichtlich, dass die wichtigen Informations- und Austauschveranstaltungen mit den Gemeinden noch nicht stattgefunden haben. In der letzten JSK-Sitzung wurden wir Kommissionsmitglieder sehr ausführlich informiert, und all unsere Fragen wurden so beantwortet, dass ich jetzt mit einem viel positiveren Blick auf die OE 2030 schaue. Der wichtigste Kern der OE 2030 ist die Aufstockung des Personals. Sie ist dringend nötig, das haben uns sowohl der Polizeikommandant als auch der Regierungsrat in der Kommission sehr eindrücklich dargelegt, und dies deckt sich mit den Berichten aus den Quartieren in den Städten und Agglomerationsgemeinden. Die zusätzliche Vernehmlassung, die im Postulat gefordert wird, kann eine Möglichkeit sein, die Gemeinden jetzt noch richtig ins Boot zu holen. Deshalb begrüssen die Grünen und Jungen Grünen das Postulat. Gleichzeitig ist es uns aber ganz wichtig, dass es jetzt nicht zu einer Verzögerung der Aufstockung kommt. Die Aufstockung wurden in diesem Rat jahrelang verschleppt. Die Polizei arbeitet an der Belastungsgrenze und kann nicht mehr alle Aufgaben erfüllen. Alle Parteien und Personen, die heute für das Postulat stimmen, müssen sich dann auch für die Aufstockung einsetzen, egal zu welchem Zeitpunkt diese hier debattiert wird. Wir zählen auf Sie.

Mario Cozzio: Die GLP wird das Postulat unterstützen. Nach dem Malheur in der Kommunikation wäre das eine saubere und transparente Möglichkeit, die ganze Thematik aufzuarbeiten und allen die Chance zu geben, sich dazu zu äussern. Auch für uns sind die Aufstockungen ein sehr wichtiger Punkt. Wir hoffen stark, dass die Aufstockungen trotzdem durchkommen. Ich möchte hier der FDP ein wenig widersprechen. Ich habe nicht das Gefühl, dass das eine Verzögerung bedeuten muss, denn die Aufstockung liegt in unserer Hand. Ich hoffe schwer, dass man den Weg so geht, wie er jetzt angedacht ist. Entsprechend danke ich für die Zustimmung zum Postulat und dann auch zur Aufstockung im Herbst.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats. Ich teile aber die Analyse von Carlo Piani nicht. Es ist nicht so, dass das Gesetz eine Vernehmlassung vorschreibt, und es ist auch nicht so, dass es üblich ist, dass Planungsberichte einer Vernehmlassung unterzogen werden. Ich verweise hier auf den letzten Planungsbericht zur Luzerner Polizei aus dem Jahr 2014, der auch nicht einer Vernehmlassung unterzogen wurde. Das Thema Polizei und Stationierungskonzept ist allerdings ein emotionales Thema. Auch wir bedauern die geschehenen Indiskretionen. Grundsätzlich ist es falsch, wenn solche Indiskretionen noch belohnt werden. Trotzdem ist der Schaden ein Stück weit angerichtet, die Emotionen und das Unverständnis sind da, Kampfansagen wurden gemacht. Aus diesem Grund braucht es einen pragmatischen Weg. Es braucht etwas, mit dem die Positionen abgeholt werden können. Es braucht jemanden, der diese Gräben wieder zuschütten kann. Dazu kann die Vernehmlassung ein gutes und wichtiges Instrument sein. Das Projekt insgesamt kann im aktuellen Zustand von einer Vernehmlassung nur profitieren. Aus diesem Grund ist es richtig, dass man hier noch einmal eine Runde dreht. Die Verzögerung ist ein Problem. Es geht nicht, dass man einzelne Dinge schon vorziehen will, ohne eine Gesamtschau zu haben. So wird das Projekt insgesamt gefährdet. Es würde zerfleddert, das wollen wir nicht unterstützen. Die SVP will wissen, wie die Luzerner Polizei ihren Leistungsauftrag auch in zehn Jahren noch zeitgemäss erfüllen kann. Wir wollen eine Gesamtschau, wie man die Interventionszeiten reduzieren kann. Wir wollen wissen, wie die Sicherheit in unserem Kanton bei der Bevölkerung ankommt. Dafür ist das Projekt richtig, dafür haben die Polizei, das Kommando und der zuständige Regierungsrat Führungsverantwortung wahrgenommen und etwas ausgearbeitet, das man jetzt vorlegen kann und wir nachher politisch würdigen. Dafür müssen wir uns Zeit nehmen, aber es ist wichtig, dass es zusammenbleibt. Die Vernehmlassung ist der nächste Schritt, den wir gehen müssen. Aus diesem Grund stimmt die SVP für die Erheblicherklärung.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker.

Paul Winiker: Planungsberichte können einem Vernehmlassungsverfahren unterzogen werden, es besteht jedoch kein Automatismus. Dass die OE 2030 der Luzerner Polizei eine grössere Tragweite hat als andere Planungsberichte, die in der Vergangenheit in die Vernehmlassung gegeben wurden, will ich nicht bestreiten. Ich will Ihnen aber noch kurz darlegen, weshalb die Regierung ursprünglich auf eine formale Vernehmlassung verzichtet hat: Wir haben eine Reihe von Veranstaltungen in den acht Polizeiregionen geplant, zu denen wir alle Gemeinden und die jeweiligen Regionalen Entwicklungsträger eingeladen haben. Diese Gespräche beginnen am 3. Mai 2022, das letzte Gespräch findet Ende Juni 2022 statt. Im Rahmen dieses Austausches stellen wir – das heisst mein Departement und das Kommando der Polizei – den Gemeinden die Eckpunkte der OE 2030 und insbesondere das Stationierungskonzept vor. Letzteres ist eine Diskussionsgrundlage der Luzerner Polizei zuhanden der Politik. Es ist ein Projekt, das in Etappen in den nächsten zehn Jahren umgesetzt werden soll. Wir sind uns bewusst, dass danach eine intensive Zeit mit Gesprächen und Terminen mit den einzelnen Gemeinden folgen wird. Das ist im Projekt auch so vorgesehen. Des Weiteren sind sämtliche Mitarbeiter der Polizei und auch der Personalverband zu zusätzlichen Informationsveranstaltungen eingeladen. Wir sind überzeugt, auf diesem doch aufwendigen Weg einen Grossteil der Anspruchsgruppen zur Stellungnahme abzuholen. Wir opponieren aber der Forderung des Postulats nicht grundsätzlich und verstehen auch, dass es durch die vorgezogene Kommunikation eines Teilaspektes ein grosses Interesse gibt, eine solide Basis zu haben, um mit diesem wichtigen Projekt für die Sicherheit unseres Kantons vorwärtszukommen. Wir haben selbstverständlich auch analysiert, zu welchen Verzögerungen das führen würde und was der Mehrwert wäre. Ich denke, den Mehrwert haben Sie ausgeführt. Es geht um eine solide Basis, um die Glaubwürdigkeit und darum, die Gemeinden und die Regionen abzuholen. Die Verzögerung würde dazu führen, dass wir alles daransetzen würden, den Planungsbericht nach der Vernehmlassung im Herbst mit dem AFP zu präsentieren und ihn dann allenfalls miteinander zu diskutieren. Ich denke, das ist machbar. Ich bin froh um Ihre Signale, dass die Aufstockung im AFP grundsätzlich offen diskutiert werden kann und dem nicht formal der Riegel vorgeschoben würde und die Aufstockung durch den Vernehmlassungsprozess gefährdet wird. Zentral ist bei der OE 2030 diese Aufstockung. Wir haben in Ihrem Rat schon mehrmals betont, dass dies ein dringliches Anliegen ist, wir haben dies im Januar bei der Beantwortung der verschiedenen Vorstösse ausgeführt. Vor allem auf der Landschaft wollen wir mehr Uniformpolizei einsetzen. So kommt es zu kürzeren Interventionszeiten und zu einer wesentlich besseren Abdeckung mit Patrouillen. Das entlastet letztlich auch die Einsatzkräfte in der Stadt und der Agglomeration, diese führen nämlich heute regelmässig Einsätze in den Landregionen durch. Wir wollen selbstverständlich die Polizistinnen und Polizisten aus den Gemeinden nach wie vor da einsetzen, wo sie sich auskennen und wo sie in den Gemeinden und den jeweiligen Regionen bekannt sind. Das Stationierungskonzept ist ein Teilprojekt, das in vier Phasen zwischen 2022 und 2032 abgewickelt werden soll. Wir werden selbstverständlich auch nach der jetzt diskutierten Phasen im Austausch mit den Gemeinden und Regionen bleiben. Ich möchte Sie auch noch daran erinnern, dass wir in dieser zentralen Frage der Aufstockung keine Zeit verlieren wollen, das wurde auch von Ihnen bestätigt. Die Botschaft B 114 und die damals beschlossene Aufstockung wurden nie vollständig umgesetzt, nun besteht echter Handlungsbedarf. Dieses Teilprojekt hat also eine hohe Priorität. Ich möchte Sie bitten, diesen Aspekt im Rahmen der AFP-Diskussion zu behandeln, auch wenn der veranlasste Planungsbericht dann gleichzeitig beraten werden kann. Ich möchte zum Schluss auch noch das Investitionsvorhaben für das Sicherheitszentrum Rothenburg erwähnen. Dieses Projekt hat direkt mit der OE 2030 nichts zu tun. Wir werden aber selbstverständlich auch im Planungsbericht die Einordnung in die Gesamtentwicklung der Polizei darstellen. Dort braucht es natürlich auch eine Folgephase; wir werden im nächsten Jahr einen Projektierungskredit vorlegen, um die Ersatzimmobilien für die Verkehrspolizei, aber auch für das Labor des Gesundheits- und Sozialdepartementes und weitere Bereiche zu bekommen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung. Ich denke,

mittels dieser Schlaufe wird es uns gelingen, für die drei Teilprojekte der Organisationsentwicklung der Polizei eine solide Basis zu schaffen.

Der Rat erklärt das Postulat mit 88 zu 16 Stimmen erheblich.